



## Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

**05.8239.02**

BD/P058239  
Basel, 14. Juni 2007

Regierungsratsbeschluss  
vom 12. Juni 2007

### **Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Verzicht auf die Erhöhung der Staumauer der Grimsel-Kraftwerke (Projekt KWOpus)**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 29. Juni 2005 den nachstehenden Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Verzicht auf die Erhöhung der Staumauer der Grimselkraftwerke (Projekt KWOpus) dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

"Die Kraftwerke Oberhasli (KWO), an denen der Kanton BS zu einem Sechstel beteiligt sind, planen eine Optimierung und Ausbau ihrer Anlagen an der Grimsel (Projekt KWOpus). Das Vorhaben besteht aus mehreren Teilprojekten, von denen insbesondere das Teilprojekt 3, das eine Erhöhung der Staumauer des Grimselsees um 27 m beinhaltet, den Widerstand der Umweltorganisationen hervorgerufen hat.

Durch die Erhöhung der Staumauer würden wertvolle Teile der Rundhöcker-Moorlandschaft an der Grimsel, ein Gebiet von einzigartiger Schönheit und nationaler Bedeutung, zerstört. Der Bundesrat hat am 25. Februar 2004 die Moorlandschaft Grimsel zwar definitiv ins Bundesinventar der geschützten Moorlandschaften aufgenommen, aber gleichzeitig den Perimeter zugunsten der geplanten Staumauererhöhung verkleinert und 27 m über dem aktuellen Seespiegel festgelegt. Da mit einer Seespiegelerhöhung wertvolle Teile der Moorlandschaft zerstört würden (10% der Kleinmoore, jede vierte Arve und ein Teil des Flachmoor-Objekts 245 „Mederlouwenen" würden definitiv verschwinden), betrachten die Umweltorganisationen den Bundesratsentscheid als verfassungswidrig und behalten sich gegen das Projekt nötigenfalls den Gang bis ans Bundesgericht vor. Mit einer Seespiegelerhöhung würde auch das bestehende Gletschervorfeld des Unteraargletschers zerstört (Objekt 1507/1706 im Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung).

Die Erhöhung der Grimselstaumauer führt nicht zu einer Erhöhung der Stromproduktion sondern zu einer Verlagerung derselben vom Sommer- ins Winterhalbjahr. Dank höherer Staumauer soll mit Fremdenergie mehr Wasser vom Tal in den See gepumpt werden können, um den Strom im Winter bei höheren Preisen wieder verkaufen zu können. Bei diesem Prozess wird über 20% der Energie vernichtet. Der hierfür aus der EU importierte Strom wird zu einem beträchtlichen Teil in fossilen Kraftwerken unter

erheblicher Freisetzung von CO<sub>2</sub> produziert. Der angestrebte Ausbau der Pumpspeicherung führt unter dem Strich also zu einer negativen Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz.

Aber selbst aus wirtschaftlicher Sicht erscheint das Projekt fragwürdig. In den letzten Jahren notierten die Preise für Sommerstrom höher als für Winterstrom, dies v.a. wegen dem Ausbau der Windenergie und der Wärmekraft-Koppelung in Europa. Es besteht demnach immer weniger Bedarf nach Verlagerung grosser Energiereserven vom Sommer in den Winter. Auch wirtschaftliche Überlegungen sprechen deshalb gegen eine Erhöhung der Grimsel-Staumauer.

Der Pumpspeicherbetrieb verursacht bereits heute täglich künstliche Hoch- und Niedrigwasser (Schwall/Sunk) in der Hasli-Aare, welche die Lebensräume von Fischen zerstören. Für den Pumpbetrieb importiert die KWO seit einigen Jahren nachts und übers Wochenende Strom aus dem europäischen Netz, wenn dessen Preis unter 4 Rp. pro kWh fällt. Die dadurch ermöglichte Produktion von Spitzenstrom kann zwar Gewinne ermöglichen, ist aber ökologisch bedenklich, solange der dafür importierte Strom nicht aus erneuerbaren Energien stammt und zu einer Verschärfung der „Schwall/Sunk“-Problematik beiträgt.

Der Grosse Rat hat sich bereits anlässlich der Diskussionen um das Projekt Grimsel West deutlich für den Schutz der Moorlandschaft und der noch naturnahen Reste der Grimsel-Landschaft ausgesprochen. Deshalb, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen sollte auf eine Erhöhung der Staumauer der Grimselkraftwerke verzichtet werden. Investitionen in eine Sanierung und Leistungsoptimierung der KWO müssen ökologisch verträglich sein und dürfen nicht zu weiteren schweren Eingriffen in die Naturlandschaft an der Grimsel und beim Gewässerschutz führen.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, zu prüfen und zu berichten:

1. Wie der Kanton darauf hinwirken kann, dass auf die geplante Erhöhung der Staumauer an der Grimsel verzichtet werden kann.
2. Ob die geplante Staumauererhöhung wirtschaftlich überhaupt Sinn macht und welche Kosten für den Kanton Basel-Stadt durch eine Investition von CHF 200 Mio. in ein Projekt entstehen, das keinen nachweisbaren wirtschaftlichen Nutzen hat.
3. Ob auf eine Steigerung der Pumpspeicherung angesichts der hohen Energieverluste und wegen der zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Belastung nicht verzichtet werden kann.
4. Wie eine Sanierung und wirtschaftlich sinnvolle Leistungsoptimierung der Grimselwerke erfolgen kann, ohne dass es zu schweren Eingriffen in die Natur und Landschaft kommt.

Jürg Stöcklin, Beat Jans, Christine Keller, Eveline Rommerskirchen, Thomas Baerlocher, Richard Widmer, Michael Wüthrich, Urs Joerg, Helen Schai-Zigerlig, Annemarie von Bidder, Hansjörg Wirz, Christine Heuss, Patrizia Bernasconi, Daniel Wunderlin, Martin Lüchinger, Paul Roniger, Jörg Vitelli, Anita Lachenmeier-Thüring, Oswald Inglin, Brigitte Strondl, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Stephan Maurer"

“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

## 1. Ausgangslage

Der Kanton Basel-Stadt ist zu einem Sechstel am Aktienkapital der Kraftwerke Oberhasli (KWO) beteiligt. Der Kanton Basel-Stadt verfügt daher sowohl als Aktionär als auch im Verwaltungsrat der KWO über einen Sechstel der Stimmen.

Das Projekt der Vergrößerung des Grimselstausees der KWO beinhaltet eine Erhöhung der Staumauer des Grimselstausees um 23 Meter und damit eine Vergrößerung des Speichervolumens von 95 Mio. m<sup>3</sup> auf 170 Mio. m<sup>3</sup>, was einer Vergrößerung des Speichervolumens (Energie) von 270 Gigawattstunden (GWh) auf 490 GWh entspricht. Die Reduktion der Staumauererhöhung gegenüber den Angaben, welche im obigen Anzug aufgeführt werden, sind auf eine grössere Berücksichtigung der Anliegen des Landschaftsschutzes zurückzuführen. Aufgrund der Zuflüsse von durchschnittlich ca. 200 Mio. m<sup>3</sup> pro Jahr wird auch der vergrösserte Grimselstausee mit einem Speichervolumen von 170 Mio. m<sup>3</sup> einmal pro Jahr durch diese natürlichen Zuflüsse gefüllt werden. Ein Auf- oder Nachfüllen des Stausees mit Pumpwasser ist weder nötig noch möglich (keine Pumpen vorhanden) und auch in Zukunft nicht vorgesehen.

Das Kostenbudget der KWO für die Seevergrößerung insgesamt beträgt CHF 220 Mio., wovon ca. CHF 70 Mio. auf die Sanierung der 80-jährigen Staumauer entfallen. Diese Sanierung muss unabhängig von der Mauererhöhung in den nächsten Jahren gemacht werden. Sie bringt deutliche Einschränkungen für den Kraftwerksbetrieb mit sich, weil der Grimselsee während den Sanierungsarbeiten nicht aufgestaut werden kann. Es wird mit Einschränkungen während 1-2 Jahren gerechnet. Diese Einschränkungen / Nachteile muss der Kanton Basel-Stadt auf jeden Fall mittragen, auch wenn wir uns nicht an der Vergrößerung beteiligen würden.

Die KWO hat am 17. Oktober 2005 bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) des Kantons Bern ein Baugesuch für das Projekt Vergrößerung Grimselstausee eingereicht. Am 14. März 2007 hat das Wasserwirtschaftsamt der BVE der KWO die Baubewilligung für die Sanierung und Erhöhung der Staumauern des Grimselstausees erteilt. Gleichzeitig wurde vom Regierungsrat des Kantons Bern das Projekt für die Verlegung und neue Führung der Kantonsstrasse bewilligt. Die Bewilligungsbehörden haben in ihrem Entscheid auf das nationale Interesse an einer Erhöhung der Produktion von erneuerbaren Energie, der Steigerung der Effizienz der Energienutzung und der Verbesserung der Versorgungssicherheit des Landes durch eine grössere Flexibilität des schweizerischen Stromangebotes sowie das nationale Interesse an einem wirksamen Hochwasserschutz hingewiesen. Zum Schutz des ökologischen Gleichgewichtes wurden umfangreiche ökologische Ersatzmassnahmen angeordnet (13 Bedingungen und 73 Auflagen).

Das Verfahren betreffend die Baubewilligung ist noch nicht abgeschlossen, da diverse Organisationen und Verbände gegen die Baubewilligung Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Bern erhoben haben.

Da für das Projekt Vergrößerung Grimselstausee weder die Erhöhung des Aktienkapitals noch die Aufnahme von Aktionärsdarlehen geplant sind, kann der Verwaltungsrat auch gegen die Stimmabgabe von einzelnen Minderheitsaktionären über die Durchführung des Projektes entscheiden. Der Kanton Basel-Stadt kann aufgrund des Minderheitsanteiles an der KWO nicht darüber entscheiden, ob die geplante Vergrößerung des Grimselstausees durchgeführt wird oder nicht. Aufgrund des Beteiligungsvertrages zwischen den Aktionären der KWO kann sich der Kanton Basel-Stadt aber ebenso wie die anderen KWO Partner dazu äussern, ob er sich am Projekt der Stauseevergrößerung beteiligt und damit von den Vorteilen der Seevergrößerung profitieren und aber auch die Kosten und Risiken proportional zur Beteiligung am Aktienkapital mit tragen will.

Dabei ist zu beachten, dass die BKW FMH Beteiligungen AG, welche an der KWO mit 50 Prozent beteiligt ist, mit Schreiben vom 14. September 2006 an die KWO erklärte, dass sie sich vorbehaltlos zur Beteiligung an der Grimselstauseevergrößerung durch die KWO und der anteilmässigen Übernahme der daraus resultierenden Vorteile, Kosten und Risiken verpflichtet und zwar auch für den Fall, dass ein oder mehrere Städtepartner auf eine Beteiligung am Projekt verzichten sollten.

Die Frage einer Beteiligung an der Vergrößerung des Grimselstausees wird zur Zeit ebenso in Basel-Stadt wie auch bei den anderen Partnerstädten Zürich und Bern sorgfältig diskutiert und geprüft. Eine kantonsübergreifende Arbeitsgruppe hat sich intensiv mit den relevanten Fragen auseinandergesetzt. Der Regierungsrat steht der Förderung der schweizerischen Wasserkraft positiv gegenüber. Er will auch den Ausbau der Wasserkraftwerke, an denen der Kanton Basel-Stadt beteiligt ist, in Einklang mit den umweltrelevanten und energiepolitischen Vorgaben sorgfältig prüfen.

Die Städtepartner der KWO sind noch daran, im Gesamtkontext der ganzen Energiediskussion ihre Haltungen aufeinander abzustimmen, die entscheidenden Fragen zu bereinigen und eine Entscheidungsgrundlage für ihre Regierungen und Parlamente vorzubereiten.

## **2. Anträge des Anzugstellers und weiteres Vorgehen**

Die Fragen des Anzugstellers sind berechtigt. Es sind Fragen, die grösstenteils im Zusammenhang mit der Frage der Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Grimselstauseevergrößerung beantwortet werden müssen. Ein ausführlicher Ratschlag äussert sich zu den wichtigsten Punkten, die sich im Rahmen einer Beteiligung des Kantons Basel-Stadt stellen. Zur Zeit wird – in Zusammenarbeit mit den anderen involvierten Städtepartnern Bern und Zürich – diese Berichtsvorlage fertiggestellt. Dabei gilt es, alle relevanten Entscheidungsgrundlagen (z.B. Wirtschaftlichkeitsstudien, Bauentscheid und den zu erwartenden Entscheid des Verwaltungsgerichts Bern) betreffend das Projekt Vergrößerung Grimselstausee einzubeziehen. Zu den Fragen des Anzugstellers wird daher im Rahmen dieses Ratschlages Stellung genommen.

### 3. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Verzicht auf die Erhöhung der Staumauer der Grimselkraftwerke (Projekt KWOpus) stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog  
Präsidentin



Dr. Robert Heuss  
Staatschreiber